

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Ja zur Vereinigung

Prag (AP) Die Vereinigten Staaten und Frankreich heissen den Plan von Bundesausminister Hans Dietrich Genscher zur Wiedervereinigung Deutschlands nach Angaben eines hohen amerikanischen Beamten gut. Der Beamte, der US-Aussenminister James Baker nach Prag begleitete, sagte am Dienstag, Baker habe die sich schnell entwickelnde Lage in den beiden deutschen Staaten in der Nacht zum Dienstag bei einer Zwischenlandung auf dem irischen Flughafen Shannon mit Frankreichs Aussenminister Roland Dumas erörtert.

### Gegen Machtmonopol

Moskau (spk/dpa) Im Zentralkomitee der sowjetischen Kommunisten herrscht offenbar grundsätzlich grosse Übereinstimmung darüber, das in Artikel sechs der Verfassung verankerte Machtmonopol der KP zu streichen. Der Kiewer Parteichef Anatoli Kornienko hat am Dienstag am sowjetischen Fernsehen erklärt, bisher habe kein Redner die heutige Fassung des Artikels sechs verteidigt.

### Als Partei anerkannt

Bukarest (spk/dpa) Die Front zur Nationalen Rettung, die nach der Weihnachts-Revolution in Rumänien die Staatsgeschäfte übernommen hatte, ist am Dienstag als politische Partei anerkannt worden. Das meldete die Nachrichtenagentur Rompres. Damit kann die Front bei den ersten freien Wahlen am 20. Mai kandidieren. Die Front hatte nach Vorwürfen von der Opposition, zum Teil die selben Praktiken wie das Ceausescu-Regime anzuwenden, eine Koalitionregierung angeboten.

### Salgovic: Selbstmord

Bratislava (spk) Viliam Salgovic, einer der Hauptverantwortlichen des Warschauer-Pakt-Einmarsches in Prag 1968, hat Selbstmord verübt. Wie die Nachrichtenagentur CTK am Dienstag meldete, ist er im Keller seines Hauses in Bratislava erhängt aufgefunden worden. Salgovic war 1968 Vize-Innenminister und löste am 21. August die Sowjet-Soldaten ins Prager Zentrum zum ZK-Gebäude, wo die damalige Parteiführung des Reformers Alexander Dubcek verhaftet und nach Moskau gebracht wurde.

## Heute Probealarm in Liechtenstein

Heute Mittwoch werden im ganzen Land Liechtenstein die Alarmsirenen getestet. Um 13.30 Uhr wird der «Allgemeine Alarm» ertönen (1 Minute an- und abschwellender Dauerton). Es handelt sich hierbei ebenso wie bei den gleichzeitig in der Schweiz zur Durchführung gelangenden Tests um einen Sirenentest.

Das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung weist deshalb ausdrücklich darauf hin, dass für die Bevölkerung keinerlei Gefahr besteht.

**LUK**  
Leben, Unfall, Krankheit. In einer Police.

**ZÜRICH**  
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein, Josef Sela  
Aulestrasse 80, 9490 Vaduz, Tel. 075/2 43 33

## Nur ein Glied in der Kette einer geordneten Abfallwirtschaft

Aufschlussreiche Informationsversammlung in Ruggell im Vorfeld der Abstimmung über die geplante Deponie beim Standort «Limseneck»

(mö) - «Stimmt Ihr der Errichtung und dem Betrieb einer Reststoffdeponie für Metallhydroxide aus einheimischen Betrieben (Kostenanteil der Gemeinde Ruggell: ca. 50 000 Franken / Bemessung abhängig von der Einwohnerzahl) und einer Inertstoffdeponie für Bauschutt und Aushubmaterial aus den Gemeinden Ruggell und Schellenberg (Kostenanteil von Ruggell: 345 000 Franken) sowie eines Kompostplatzes zur Verwertung von organischen Abfällen (Kostenanteil von Ruggell: 180 000 Franken) im Steinbruchareal Limseneck zu?» - Über diese Frage haben am Wochenende die 733 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Gemeinde Ruggell zu befinden. Dem Ergebnis dieser Abstimmung kommt insofern grosse Bedeutung zu, weil damit auch sehr eng die Verwirklichung des liechtensteinischen Deponiekonzeptes verknüpft ist. Danach haben sich alle Gemeinden in einer Vereinbarung dazu verpflichtet, in gleicher Weise bzw. im gleichen Umfang zur Errichtung und zum Betrieb von Reststoffdeponien beizutragen.



Rund 120 Bürgerinnen und Bürger von Ruggell liessen sich am Montagabend von Vorsteher Anton Hoop, Vizevorsteher Herbert Kind, Theo Kindle (Leiter des Amtes für Gewässerschutz) und Ing. Werner Steiner (von links) über das Deponieprojekt «Limseneck» informieren und die offenen Fragen beantworten. (Bild: Beat Schurte)

Im Vorfeld der Abstimmung hat die Gemeinde eine informative Broschüre zur geplanten Deponie «Limseneck» herausgegeben, und am Montagabend lud sie ausserdem zu einer Informationsversammlung ein, an der den rund 120 erschienen Bürgerinnen und Bürgern das Projekt noch detaillierter vorgestellt wur-

de und viel Zeit für die Beantwortung offener Fragen reserviert war. Vorsteher Anton Hoop wies in seiner Begrüssung darauf hin, dass man am Ende eines langen Weges angelangt sei und nach vielen Abklärungen nun ein sicheres, ausgereiftes und den Verhältnissen der Gemeinde angemessenes Projekt zur Abstimmung vorlegen könne, hinter dem auch die In-

teressanten stünden, die massgeblich bei der Fertigstellung mitgewirkt hätten.

### Deponien braucht es immer

Ing. Theo Kindle, Leiter des Amtes für Gewässerschutz, erläuterte anschliessend die Grundzüge des in die Vernehmlassung geschickten Abfall-Leitbildes und des Deponiekonzeptes. Eindrücklich ver-

deutlichte er, dass die Entwicklung des Abfalls in den letzten Jahren exakt mit jener des Wohlstandes einherging. Weil bei der Entsorgung der Abfälle immer Reststoffe anfallen werden, brauche es auch immer Deponien. Die Deponie «Limseneck» sei jedoch nur ein Glied in der Kette einer geordneten Abfallwirtschaft in Liechtenstein. Ruggell müsse nicht alles übernehmen, denn auch die anderen zehn Gemeinden hätten sich vertraglich dazu verpflichtet, in gleicher Weise Reststoffdeponien nach den Anforderungen der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) zu erstellen und zu betreiben. So sei etwa die Deponie «Schwabbrünnen» bei Schaan, in der während eines Zeitraumes von zehn Jahren die verfestigten Rauchgasreinigungsrückstände der KVA Buchs eingebaut werden sollen, bereits in einer fortgeschrittenen Planungsphase, und auch der Gemeinderat von Vaduz habe dem Vorprojekt für die Folge deponie «Im Rain» bereits seine Zustimmung gegeben. Mit der Verwirklichung des Deponiekonzeptes könne Liechtenstein im Bereich des Gewässer- und Umweltschutzes einen grossen Schritt vorwärts machen, betonte Theo Kindle.

### Mit Abstand geeignetster Standort

Der technische Verantwortliche für das Deponieprojekt «Limseneck», Ing. Werner Steiner, betonte, dass der Standort «Limseneck» im Vergleich mit anderen möglichen Standorten als der geeignetste erachtet werde. (Fortsetzung auf Seite 2)

## Die Ertragsfähigkeit des Bodens erhalten

Revision des Gesetzes über Bodenverbesserung - Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag

(paf) - Die Regierung hat dem Landtag eine Vorlage zur Abänderung des Gesetzes über Bodenverbesserungen unterbreitet. Die Regierungsvorlage sieht vor, dass bei Bodenverbesserungen neben den land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen auch Grundstücke aus anderen Zonen einbezogen werden können. Der Gesetzesentwurf trägt im weiteren auch den sich heute stellenden Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes Rechnung, insbesondere im Hinblick auf die Beurteilung der Umweltverträglichkeit von Bodenverbesserungsmassnahmen.

Bodenverbesserungen sind notwendig, um die Ertragsfähigkeit des Bodens zu erhalten, zu steigern oder wieder herzustellen sowie seine Bewirtschaftung zu erleichtern und insbesondere seine natürli-

chen Funktionen zu erhalten oder zu verbessern. Zur besseren Erreichung dieses Zieles sind im Gesetzesentwurf die Bestimmungen über das Einzugsgebiet zur Erschliessung von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken abgeändert und erweitert worden.

### Auch andere Zonenflächen

Das Einzugsgebiet soll sich grundsätzlich auf ein natürlich oder wirtschaftlich abgrenzbares Gebiet erstrecken und neben den landwirtschaftlich genutzten Gebieten auch Flächen aus anderen Zonen umfassen können. Aus Gründen der Raumplanung, vor allem zur Anlage eines zweckmässigen Wegnetzes zur landwirtschaftlichen Erschliessung und Bewirtschaftung, zur Zonennutzungsent-

faltung und für die Parzellarvermessung, können sowohl Bauzonen als auch andere Zonen integriert werden.

### Interessen der Umwelt

Der Gesetzesentwurf war Gegenstand einer breit angelegten Vernehmlassung, in deren Verlauf zahlreiche Vorschläge bei der Regierung eingegangen sind, die soweit als möglich bei der Erstellung der Regierungsvorlage Berücksichtigung fanden. So wurde unter anderem auch der Artikel über den Natur- und Landschaftsschutz in dem Sinne abgeändert, dass den allgemeinen Interessen der Umwelt, insbesondere dem Schutz des Grundwassers sowie dem Schutz der Natur und der Wahrung des Landschaftsbildes, bestmöglich Rechnung zu tragen ist.

## Bier wird teurer

Luzern/Zürich/Bern (AP) Der Bierpreis in Liechtenstein und der Schweiz wird in den kommenden Monaten auf breiter Front ansteigen. Die Luzerner Brauerei Eichhof, Nummer vier der Branche, ist vorgeprellt und will ab März ihre Preise um fünf bis sechs Prozent anheben, wie das Unternehmen am Dienstag zu einem Bericht der «Luzerner Neuesten Nachrichten» bestätigte. Weitere Brauereien stehen vor ähnlichen Entscheidungen, wie beim Schweizerischen Bierbrauerverein (SBV) in Zürich zu erfahren war. Der Preisüberwacher will die Entwicklung vorerst beobachten.

Marktleader Feldschlösschen hat noch keinen Beschluss gefasst, wie es beim Pressedienst der Gruppe in Rheinfelden (AG) hiess. Der Preisaufschlag komme sicher, doch seien die Modalitäten noch nicht definitiv entschieden, sagte eine Pressesprecherin. Über die Haltung von Sibra, dem aus dem SBV ausgeschiedenen zweitgrössten Bierproduzenten der Schweiz, war am Dienstag zunächst nichts zu erfahren. Dagegen ist die Zürcher Hürlimann-Brauerei «entschlossen, etwas zu machen». Eine Preiserhöhung sei überfällig, doch seien die Beschlüsse im Detail noch nicht gefasst worden.

Der Bierbrauerverein hat laut SBV-Direktor Konrad Studerus keine gesamtschweizerischen Preisempfehlungen herausgegeben. «Eine allumfassende schweizerische Preispolitik gibt es nicht mehr», sagte Studerus. Die Preiserhöhungen seien allein Sache der einzelnen Brauereien.

## Eintragungszwang aufgehoben

Keine Eintragungspflicht für PTT-Kunden

Bern (AP) Abonnenten von PTT-Dienstleistungen sollen künftig entscheiden können, ob sie in den Telefonbüchern und anderen Verzeichnissen aufgeführt werden. Mit 91 gegen 27 Stimmen hat der Nationalrat im neuen Fernmeldegesetz den bisherigen Eintragungszwang gegen den Willen des Bundesrates und der PTT aufgehoben. Unbestritten blieb am Dienstag das Konzept der schrittweisen Liberalisierung des Telekommunikationssystems.

Die Eintragungspflicht ist nach den Worten von Kommissionspräsident Felix Auer (FDP/BL) und Bundesrat Adolf Ogi keine zentrale Fragen des Gesetzesentwurfs. Erwartungsgemäss lockte sie aber zahlreiche Votanten ans Rednerpult, während Grundsatzfragen wie jene nach dem PTT-Monopol zunächst kaum debattiert wurden. Bereits nach Abschluss der Kommissionsberatungen hatte Auer vorausgesagt, dass sich der Rat wohl eher um Nebenfragen kümmern, aber kaum Widerstand gegen die Grundzüge des zu 70 Prozent aus technischen Artikeln bestehenden Gesetzes aufbauen werde. Ogi rief dazu auf, die Kommunikation

unter den PTT-Kunden nicht unnötig zu erschweren. Es bestehe ein öffentliches Interesse an vollständigen Verzeichnissen, und mit den neuen Diensten wie Telefax und Videotex nehme dies noch zu. Die Abkehr von der Eintragungspflicht habe in Frankreich dazu geführt, dass ein Viertel der Abonnenten nicht mehr verzeichnet sei. Dies könnte die Nummer 111 noch stärker belasten, obwohl auch sie keine Auskunft geben dürfte. Im übrigen, so Ogi, bestehe die Möglichkeit, missliebige Anrufe über Nummer 26 abzublocken.

Dem hielten Vertreter praktisch aller Fraktionen entgegen, aus Sicht des Persönlichkeits- und Datenschutzes sei die Eintragungspflicht überholt. Jedermann sollte frei entscheiden können, an wen er seine Nummer weitergeben möchte. Dies sei auch mit Blick auf unerwünschte Werbesendungen via Telefonbucheintrag erwünscht. Die Eintragungspflicht war im vergangenen September vom Bundesgericht noch bestätigt worden. Sie kann zurzeit nur von Personen des öffentlichen Lebens ausgeschrieben werden, die ein besonderes Schutzbedürfnis geltend machen.

## Geld für Waffenplatz auf St. Luziensteig

(paf) - Die Regierung hat für den geplanten Neubau einer Jagdschiessanlage auf dem Waffenplatz St. Luziensteig vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landtag einen Baukostenbeitrag von 150 000 Franken bewilligt.

Die bestehenden Schiessanlagen im Fürstentum Liechtenstein ermöglichen es den Jägern nicht mehr, die jagdlichen Schiessen im erforderlichen Umfang durchzuführen. Da die bisherigen Abklärungen im Hinblick auf die Errichtung eines neuen Schiessstandes wegen der damit verbundenen Lärmimmissionen zu keinem konkreten Ergebnis führten, fanden im Zusammenhang mit dem projektierten Neubau der Schiessanlagen auf dem Waffenplatz St. Luziensteig Gespräche zwischen der Jägerschaft und Vertretern des Eidgenössischen Militärdepartementes und der Waffenplatzverwaltung bezüglich der Integration einer Jagdschiessanlage statt. Für die vorgesehene Errichtung des Schiessstandes hat nun die Regierung auf Antrag des Landesforstamtes den Baukostenbeitrag von 150 000 Franken unter Auflagen und vorbehaltlich der Bewilligung des Landtages zugesichert.

**DENNER-Satellit**  
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

**Schaan-Vaduz**

**1 kg Bananen 1.95**

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.